

Neue Perspektiven auf Flucht & Migration

Thema: Solidarität und soziale Arbeit

DAS TRIPELMANDAT

GRUPPE 2: STAAT

Bitte arbeitet die Interessen des Staates (Bundesregierung, LAF, EU-Richtlinien, etc.) anhand der beigefügten Texte heraus. Sammelt Argumente und Fakten für begrenzte Ressourcen und Gesetzeseinschränkungen.

Positionspapier: Soziale Arbeit mit Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften – Professionelle Standards und sozialpolitische Basis

In den 1990er Jahren wurden durch das Asylbewerberleistungsgesetz Vorgaben weiterentwickelt, dass die kommunale Betreuung von Asylbewerber*innen und abgelehnten Bewerber*innen, die geduldet werden, systematisch nicht der Entwicklung von Bleibeperspektiven zu dienen habe. So wurde der Unterschied zwischen Unterbringung als Provisorium und Wohnen als mit sozialen Rechten wie dem Mietrecht verbundene Form verstärkt.

Dass Länderregierungen trotzdem Mindestbedingungen für Unterkünfte und Leitlinien zum Übergang in „normale“ Wohnverhältnisse formulieren, hängt damit zusammen, dass der rechtliche Status von Geflüchteten oft sehr lange Zeit unklar bleibt, was Versorgungsnotwendigkeiten und Integrationsbedarfe nahelegt (Aumüller u.a. 2015: 21ff., 35). Empirische Untersuchungen zeigen insgesamt, dass das Feld der Unterbringung von Geflüchteten sowohl auf Länderebene als auch in den Kommunen und Landkreisen durchaus Handlungsspielräume birgt. Dies zeigt sich auch daran, dass seit den 1990er Jahren einige Ländern Mindestbedingungen in Erstaufnahme und Anlusseinrichtungen formuliert haben (Wendel 2014; Aumüller u.a. 2015: 36f), die allerdings in der „Flüchtlingskrise“ von 2014/15 so gut wie nie eingehalten werden konnten: Entgegen der Richtlinien und sicherlich oft auch der Absichten von Stadtverwaltungen entstanden provisorische Camps, Zeltstädte, Containerbauten. Sporthallen oder leerstehende Baumärkte wurden zur Notversorgung genutzt. Zeitweise waren die Einrichtungen hoffnungslos überbelegt. Die Versorgung der Geflüchteten mit dem Allernötigsten wurde oft zunächst Ehrenamtlichen überlassen, eine professionelle Begleitung erst nach und nach organisiert.

In diesem Kontext nahm statistisch der Anteil der Massenunterbringung allgemein auch unabhängig vom politischen Willen einzelner Kommunen zu. Bemerkenswert ist, dass der Anteil von Wohnungen im Vergleich zu Gemeinschaftsunterkünften an der Unterbringung noch immer stark schwankt, je nachdem, ob die Versorgung in „wachsenden“ oder „schrumpfenden“ Städten stattfindet,

wie sich der jeweils lokale Wohnungsmarkt darstellt und entwickelt und welche Unterbringungs- und Wohnungspolitik einzelne Länder und Kommunen präferieren.

Gleichzeitig ist jedoch die psychosoziale Betreuung von Geflüchteten bei individuellem Wohnen unter Umständen von zusätzlichen Ressourcen abhängig und deshalb angesichts knapper Gemeindegassen und der Tatsache, dass die Kommunen meist nur einen (allerdings sehr stark variierenden) fixen Zuschuss durch die Länder erhalten, oft schlechter zu gewährleisten.

Offenbar tritt der Fall „alleingelassene Häuser, schlechter baulicher Zustand, mangelnde staatliche Kontrolle“ aber offenbar eher dann ein, wenn Kommunen mit den Kostendruck ihrer Haushalte im „Niedriggebotsverfahren“ an private Träger weitergeben (Aumüller u.a. 2015: 47–51). In diesem Sinne ist dezentrale Unterbringung, insoweit sie auf dem jeweiligen lokalen Wohnungsmarkt ermöglicht werden kann, zwar mitunter kostengünstiger als eine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, aber durchaus auch eine Frage der Qualität und der Qualitätskontrolle.

Insgesamt ist eine zentrale strukturelle Herausforderung, mit der die Wohnungsbaupolitik in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt aktuell konfrontiert ist, der Verzicht auf sozialen Wohnungsbau sowie die Privatisierung von Millionen Wohneinheiten seit den späten 1980er Jahren. Vor diesem Hintergrund sind die Pläne des Bundes, massive Anreize zur Steigerung des Wohnungsbaus von etwa 160.000 (2014) auf etwa 350.000 Einheiten pro Jahr zu schaffen (BMUB 2016), ein wichtiger Schritt, um die mittel- und längerfristige Wohnsituation auch von Flüchtlingen zu verbessern.

www.frsh.de/fileadmin/schlepper/schl_54/s54_16-21.pdf

(4) § 8 Absatz 3 Nummer 2 der Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548) geändert worden ist, ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass auch Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge oder Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Gewerbegebieten ausnahmsweise zugelassen werden können.

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/027/1802752.pdf>